

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegraph-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Fernsprecher:
Schneeberg 10.
Aue 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanns-
georgenstadt, Köhnitz, Nennstädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Nr. 95.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen und Sonntagen monatlich 60 Hg.
Anzeige: im Amtsblattbezirk der Raum der 6. u. 7. Zeile 12 Hg., bezgl. für außerhalb 15 Hg., im amtlichen Teil der Raum der 1. u. 2. Zeile 45 Hg., im Rest. Teil die 2. u. 3. Zeile 30 Hg.

Dienstag, den 26. April 1904.

Inseraten-Annahme für die am Mittwoch erscheinende Nummer bis Mittags 11 Uhr. Eine Bürgschaft für die nichtzeitliche Aufnahme der Anzeigen bei den vorgedruckten Tagen heute zu bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebenso wird für die Nichtzeitliche Aufnahme aufgegebenen Anzeigen nicht garantiert. Kurzfristige Anzeigen aus großer Notwendigkeit, für welche eingekaufte Anzeigenplätze nicht für die Redaktion nicht verantwortlich.

57.
Jahrgang.

Es ist beantragt, über das Vermögen der Gasthofbesitzerin Johanne Emilie verehel. Müller geb. Becher in Wildbach das Konkursverfahren zu eröffnen. Gemäß § 106 R. O. wird der genannte Müller zur Sicherung der Vermögensmasse die Veräußerung, Verpfändung und Entfremdung von Bestandteilen der Masse hiermit untersagt. Hartenstein, am 23. April 1904.

Königliches Amtsgericht.

Vöknitz Nachdem die Befähigung der Staatsbeamten- und Ergänzungsteuerzettel auf das laufende Jahr erfolgt ist, werden auf Grund von § 46 des Eink.-St.-Gef. und § 28 des Ergänz.-St.-Gef. diejenigen Beitragspflichtigen, welchen ihre Steuerzettel nicht befähigt werden konnten, hierdurch aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses, bezw. zum Zwecke der Nacheinschätzung bei hiesiger Stadtsteuerannahme sich zu melden.

Der 1. Termin Staatsbeamten-, sowie Ergänzungsteuer ist fällig am 30. April d. J.

und an die hiesige Stadtsteuerannahme zur Vermeidung zwanngsweiser Beitreibung abzuführen. Rat der Stadt Köhnitz, 23. April 1904. **Bieger, Bzgen.**

Grünhain.

Alle hiesigen Gewerbetreibenden und Landwirte, welche Waage, Gewichte, Wagen und Meßwerkzeuge in öffentlichen Verkehr bringen, werden hiermit aufgefordert, diese erst gründlich zu reinigenden Gegenstände zu der von der königlichen Kreishauptmannschaft Zwickau angeordneten

Dienstag, den 26. April a. c. vorm. von 11—12 und nachm. von 2—6 Uhr,
Mittwoch, - 27. - - - - - 8—12 - - - - 2—6 -
Donnerstag, - 28. - - - - - 8—12 - - - - 2—6 -
Freitag, - 29. - - - - - 8—12 Uhr

im hiesigen Eichamt stattfindenden Nachschauung zu bringen.

Der Letztere unterläßt, hat Bestrafung nach § 369^a R.-Str.-Gef.-B. verwirkt, sowie zu gewärtigen, daß die Neueidung oder Einziehung der unzulässigen Gegenstände erfolgt. Grünhain, den 14. April 1904.

Der Bürgermeister.
Reßler. **Wrgn.**

Wochenchau.

Schneeberg, 24. April.

Der mit Spannung erwartete Bericht der gesetzgebenden Deputation der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages über den Gesetzentwurf betreffend Änderung des Wahlgesetzes für die Zweite Kammer ist erschienen. Die verstärkte Deputation beantragt hiernach in ihrer Gesamtheit, die Kammer wolle beschließen zu erklären, daß sie die in der Denkschrift enthaltenen Vorschläge über eine Neuordnung des Wahlrechts für die Zweite Kammer als tauglich für ein künftiges Wahlgesetz nicht erkennen kann. Ferner beantragte die Deputationsmehrheit, die Kammer wolle 1) erklären, daß sie dem Staat durch eine grundsätzliche Änderung des bevorstehenden Wahlrechts im Sinne der Einführung eines im allgemeinen gleichen Wahlrechts oder doch diesem gleichkommenden Wahlverfahrens auf die Sicherung verzichten kann, die in dem bestehenden Wahlrecht gegen die Gefährdung des Staates liegt; wohl aber 2) die Staatsregierung ersuchen, das bereits vorgelegte Material durch weitere statistische Unterlagen über die Wirkungen eines Pluralsystems, bei dem ebenfalls die nötige Sicherung gegen die Ueberflutung der Kammer mit staatsfeindlichen Elementen geboten wird, zu ergänzen; 3) zu diesem Zwecke die eingegangenen Vorschläge über eine Wahlreform, soweit sie auf Pluralismus gerichtet sind, der Regierung als Material zu einem zukünftigen Gesetzentwurf zu überweisen. Dagegen beantragte die aus den 4 nationalliberalen Mitgliedern der Deputation bestehende Minderheit, die Kammer wolle beschließen; 1) Die Einführung des allgemeinen, gleichen (Reichstags-) oder eines ihm sehr nahe kommenden Wahlrechts für die sächsischen Landtagswahlen als mit dem Wohle des Staates nicht vereinbar zu erklären, so lange, wie zur Zeit ein solches Wahlrecht fast mit Sicherheit zur unbedingten, Beherrschung der Zweiten Ständekammer durch eine fast allen derzeitigen Staatseinrichtungen grundsätzlich feindliche Berufsgruppen führen möchte. 2) Die Staatsregierung aufzufordern, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die bestehende indirekte Klassenwahl durch geheime direkte Wahlen aller nach dem bestehenden Gesetze Wahlberechtigten unter Gewährung von Zusatzstimmen (Pluralsystem) ersetzt. 3) Die von Abgeordneten eingereichten Vorschläge, soweit sie auf Pluralismus gerichtet sind, der Regierung als maßgebend für den zukünftigen Gesetzentwurf zu überweisen, sich dabei aber gegen den in einzelnen dieser Vorschläge empfohlenen öffentlichen Wahlzwang, sowie gegen die Unterscheidung nach militärischen Rangstufen auszusprechen, und endlich zu erklären, daß bei dieser Aenderung des Wahlrechts an der gemeinen Stimmenabgabe festgehalten werde. Betreffs der Neueinteilung der Wahlkreise begnügt sich die Deputationsmehrheit mit dem Antrage, die Petitionen der Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Die Minderheit beantragt außerdem, die Kammer wolle die Staatsregierung auffordern, a. bei Vorlegung eines Gesetzentwurfes über Aenderung des Wahlrechts zur Zweiten Kammer eine Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen beizubehalten, b. jedenfalls aber die Zahl der auf die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen entfallenden Wahlkreise zu erhöhen. Betreffs der Ersten Kammer beantragt die Minderheit, die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, der Ständeverammlung bis zu ihrer nächsten Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher enthält eine wesentliche Aenderung betreffs der Zusammensetzung der Ersten Kammer nach der Richtung hin, daß dieselbe, gemäß der neu erlassenen Verfassung völlig veränderten Bedeutung der einzelnen Berufsstände für den sächsischen Staat, vor allem Industrie, Handel und Gewerbe ein verfassungsmäßiges Recht auf eine, und zwar der Landwirtschaft gleichwertige Vertretung erhalte, daß aber auch für die Durchführung der staatlichen Aufgaben besonders wichtige Berufsstände, wie namentlich Rechts- und Gesundheitspflege, Unterrichts- und technische

Wissenschaft, angemessene Vertretung finden, und daß endlich die Zahl derjenigen großen Städte, denen als solchen ein verfassungsmäßiges Recht auf Vertretung zusteht, vermehrt werde. Die Mehrheit dagegen schlägt der Kammer vor, den Antrag von den Abgeordneten André und Genossen (entsprechende Berücksichtigung der Industrie, des Handels und des Gewerbes) der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Den Deputationsberichten angefügt ist eine Reihe von Reformvorschlägen, unter denen sich auf das Pluralsystem hinielende Vorschläge der konservativen Abgeordneten Behrens, Rudest und Ulrich befinden.

Der Reichstag und der preussische Landtag arbeiteten in der abgelaufenen Woche mit rühmlichem Fleiß und ohne jeden störenden Zwischenfall. Jener hat nach fünfzigstündigen Debatten über das Gehalt des Reichsanwalter den ganzen Etat des auswärtigen Amtes benützt, mehrere Interpellationen und Resolutionen über das Militärpensionsgesetz und die Beihilfe für Kriegsveteranen erledigt und selbst beim Etat für Südwestafrika nicht dem vaterländischen Empfinden als dem parteitaktischen Bedürfnis-Raum gegeben.

Der Streit der Staatseisenbahnbediensteten, der sich zurzeit in Ungarn abspielt, ist zwar an sich ein Vorgang mehr volkswirtschaftlicher als politischer Natur, er wirkt aber auch auf die politischen Zustände des Landes ein charakteristisches Licht. Über die Ursachen des Streits haben wir bereits eingehend berichtet. Ergänzend sei nur hervorgehoben, daß der von der Regierung in ungarischen Reichstags vorgelagte Gesetzentwurf, betr. die Regelung der Gehälter der Eisenbahnbediensteten, der zu dem Ausbruche des Streits Veranlassung gegeben hat, allerdings eine Mehrausgabe von 2,6 Millionen Kronen vorsieht, daß diese Aufbesserung aber gegenüber der großen Masse der Eisenbahnbeamten nur eine Bagatelle ist und daß für große Klassen der Beamten eine Verschlechterung in Aussicht stand, indem die Quartiergelder verringert würden. Die Regierung ist den Forderungen der Staatseisenbahnbeamten inzwischen sehr weit entgegengekommen, aber diese machen es wie die parlamentarische Opposition; sie wollen alles erreichen, und deshalb ist bis zur Stunde noch keine Aussicht auf eine Beilegung des Streits vorhanden. Um bei der unnachgiebigen Haltung der Streitenden den Eisenbahnbetrieb wenigstens in beschränktem Maße wieder aufzunehmen, hat sich die ungarische Regierung zu sehr energischen Maßnahmen entschlossen. Es ist zunächst das Eisenbahn- und Telegraphenregiment mobilisiert worden, und ein Teil desselben befindet sich bereits auf dem Wege nach Budapest, und zwar von Wien aus zu Schiff. Das Regiment ist nach dem Muster der modernen Armeen zu dem Zwecke errichtet, um während eines Krieges Feldbahnen zu errichten, zerstreute Eisenbahnlinien und Brücken wieder herzustellen und ähnliche Arbeiten zu leisten. Es besteht somit aus einem Offizierkorps und einer Mannschaft, welche mit sämtlichen technischen Bedürfnissen des Verkehrs, mit dem gesamten Betrieb, sowie mit allen Institutionen, die mit dem Eisenbahnwesen zusammen hängen, genau vertraut ist. Ferner ist ein königlicher Befehl erschienen, durch welchen die im Dienste der ungarischen Staatsbahnen stehenden Offiziere und Mannschaften der Reserve und Ersatzreserve der gemeinsamen Armee und der Honvedarmee einberufen und zur Dienstleistung bei den Staatsbahnen eingeteilt werden. Unter den streikenden ungarischen Bahnbediensteten befinden sich naturgemäß auch viele Angehörige der Armee, und diese werden jetzt genötigt, den Dienst wieder aufzunehmen. Infolge dieser Maßnahmen dürfte der Bahnbetrieb bald in vollem Umfang wieder aufgenommen und der Streit seinem Ende entgegengebracht werden.

Die Lage auf dem Balkan entwickelt sich weiter dahin, daß die Leiter der mazedonischen Bewegung immer weniger auf den Erfolg, ja auch nur auf die Entseffung eines neuen Aufstands rechnen können. Die Ausführung des bulgarisch-mazedonischen Abkommens durch Amnestierung und Heimführung mazedonischer Flüchtlinge wirkt beruhigend. Serbische Eifersuchtregungen gegen Bulgarien sind durch Eröffnung von Verhandlungen über eine handelspolitische Verständigung zwischen beiden Balkanstaaten bedeutend geschwächt worden. Und die auch bis in österreichische Presse hinein vereinzelt entstandene Erregung, daß die Weiterarbeit am binationen vereinigt entstandenen Reformprogramm durch eine türkisch-bulgarische Militärkonvention gestört werden sollte, hat, nachdem diese Verträge

in aller Form widerlegt worden sind, einem nüchternen Urteil Platz gemacht. Die Träger der fremdländischen Mitwirkung am macedonischen Gendarmereiwesen befinden sich auf ihren Posten, und die praktische Tätigkeit tritt erlösend an die Stelle der in Konstantinopel rings um den grünen Tisch geführten Erörterungen. Die Zugeständnisse der Pforte haben fürs erste einen hinreichend weiten Spielraum freigemacht, um den Mächten Gelegenheit zur Entfaltung eines erspriesslichen Wirkens in Mazedonien zu geben. Es kommt jetzt mehr darauf an, die Freiheit auszunützen, als durch diplomatische Anstrengungen in Konstantinopel der Pforte auf dem Papier weitere Zusagen abzupressen. Die Behauptung französischer Mächte, daß Italien und Österreich-Ungarn sich mit derartigen Absichten trügen und sogar zu diesem Zwecke eine gemeinschaftliche Geschwaderabteilung in türkischen Gewässern verankern wollten, gehört selbstverständlich in den Bereich der Fabeln, durch deren Verbreitung die Erkenntnis der wirklichen Lage im Orient verdunkelt werden soll.

Nach den jüngsten aus Südwestafrika eingetroffenen Meldungen wird Gouverneur Leutwein wahrscheinlich seine Absicht, in südlicher Richtung nach Seeis abzuschwenken, wieder aufgeben und statt dessen direkt nach Osten auf Onjati marschieren, das 25 Kilometer östlich von Ojosasa mitten in dem gleichnamigen Gebirge liegt. Der neue Truppentransport, der am 30. d. Mts. auf dem Reichspostdampfer „Herzog“ von Hamburg nach Swakopmund in See geht, soll, wie verlautet, hauptsächlich dazu bestimmt sein, die englische Grenze zu überwachen, da es sich gezeigt hat, daß die Herero von dieser Seite aus unseren Schutztruppen am gefährlichsten geworden sind. In den nächsten Tagen werden von Hamburg 500 000 Gewehrpatronen nach dem Schutzgebiet zur Verfrachtung gelangen. Für die aller nächste Zeit wird man wohl dem entscheidenden Kampfe mit den schwarzen Rebellen entgegensehen dürfen; hoffentlich fällt derselbe in einer Weise aus, daß derartige Vorkommnisse in der südwestafrikanischen Kolonie dauernd vorgebeugt wird.

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz ist nach den aufregenden Ereignissen der vorigen Woche wieder einmal vollständige Ruhe eingetreten. Diesmal wider alles Erwarten. Denn nachdem es den Japanern gelungen war, das russische Port-Arthur-Geschwader zwar nicht im offenen Kampfe, aber durch einen geschickt durchgeführten hinterhältigen Anschlag so weit zu schwächen, daß es zunächst auf jede Offensivaktion verzichten mußte, und daß zu seiner Befreiung in dem Kriegsschauplatz die Hälfte der japanischen Flotte aufgebracht zu werden braucht, hatte man allgemein angenommen, daß die japanische Kriegsführung nunmehr unverzüglich an die Landung größerer Truppenmassen in der Südmandschurei heranzutreten würde. Aber weder am Jalu, noch auf der Kwangtung-Halbinsel nördlich von Port Arthur, noch auch an der Mündung des Liaoho bei Niutshwang ist bisher ein solcher Landungsversuch gemacht worden, wenigstens englische Berichte von gesicherten großen Seetransporten zu berichten wußten. Was die Japaner zu diesem Zögern veranlaßt, ist nicht recht verständlich, da der Seeweg für sie doch überall offen ist und es ihnen an Transportmitteln nicht fehlt. An irgend einer Stelle muß bei der japanischen Mobilmachung etwas nicht in Ordnung sein, wenn auch die Meldung, daß der japanische Generalstab infolge des Verrats eines seiner Mitglieder gezwungen worden sei, den gesamten Kriegsplan zu ändern, nicht unbedingt Glauben verdient. Für die Russen bedeutet naturgemäß jeder neue Tag, den sie zur allmählichen Vollaendung ihres strategischen Aufmarsches benutzen können, einen Gewinn, und es scheint denn auch wohl glaubhaft, daß ihre Stärke im Zentrum ihrer Operationsbasis bei Liaosang bereits überwältigend sei. Auch die Angabe, daß sie am rechten Ufer des Jalu rund 50 000 Mann zur Verfügung haben, dürfte nicht oder nicht sehr übertrieben sein. Jedenfalls wird es den Japanern nicht leicht werden, die Russen in der Südmandschurei „aufzurollen“, wie sie dies beabsichtigt hatten, wenn es ihnen überhaupt gelingt, sie zurückzubringen, zumal die russische Kriegsführung inzwischen auch für die Heranzuführung genügender Artillerie gesorgt haben dürfte. Ob und inwiefern man russischerseits beabsichtigt, weitere Kriegsschiffe nach Ostasien zu entsenden, um die durch die starken Verluste entstandenen Lücken auszufüllen, darüber verlautet noch immer nichts.